Sinn und Wirklichkeit – Beobachtungen zur Entwicklung sozialer Ungleichheiten in (West-) Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Karl Ulrich Mayer

Einleitung

In dem Vorwort zu seinem Buch Ȇber die Demokratie in Amerika« hat Alexis de Tocqueville 1835 die These einer nicht-umkehrbaren Dynamik eines historischen Prozesses hin zu immer mehr Gleichheit so formuliert:

»Die allmähliche Entwicklung zur Gleichheit der Bedingungen ist also ein Werk der Vorsehung; sie trägt dessen Hauptmerkmale: sie ist allgemein, sie ist von Dauer, sie entzieht sich täglich der Macht der Menschen; die Geschehnisse wie die Menschen dienen alle ihrer Entwicklung.« (1959: 8)

Das Skandalon bei de Tocqueville war der Ausschluss des Besitzbürgertums aus der politischen Herrschaft. T. H. Marshall (1964) hat die säkulare Version dieser These in ein Phasenmodell gekleidet, nachdem die Herstellung der staatsbürgerlichen Gleichheit abgelöst wird durch die Gleichheit politischer Teilhabe und sozialer Absicherung. Das Skandalon bei T. H. Marshall ist das verarmte und politisch recht-lose Industrieproletariat. Talcott Parsons (1970) hat dieser Sequenz noch eine weitere Phase der Schaffung kultureller Gleichheitsrechte im Sinne einer Gleichheit der Bildungschancen hinzugefügt. Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern könnte als die vorläufig letzte Phase in diesem universalen Egalisierungsprozess gelten. Allerdings ist spätestens nach einem PISA-Jahr und einem Hartz IV-Sommer das optimistische Zutrauen in die Quasiautomatik eines historischen Egalisierungsprozesses geschwunden. Zumindest in Deutschland scheinen sozio-ökonomische Chancenungleichheiten extrem ungleich verteilt und zementiert, und wohlfahrtsstaatliche Umverteilung droht einkommensspreizend statt einkommensnivellierend zu wirken. Aber was ist eigentlich das Skandalon? Etwa die im Vergleich zu anderen Transformationsgesellschaften ungleich bessere Fähigkeit des deutschen Sozialstaats die Spätfolgen des DDR-Wohlfahrtsstaates zu bewältigen? Oder etwa die dauerhafte oder vorübergehende Unterschichtung der etablierten und abgesicherten einheimischen Sozialstruktur durch Arbeitsmigranten und deren

Auf diesem Hintergrund und nicht zuletzt im Hinblick auf die Verhandlungen dieses Soziologiekongresses will ich drei Fragen stellen und wenigstens grob beantworten:

Erstens, welchen Sinn hat die (deutsche) Soziologie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg der Ungleichheit zugeschrieben? Wie wurden Ungleichheiten thematisiert, wahrgenommen und bewertet? Welche Vorstellungen von Gerechtigkeitsdefiziten waren damit jeweils verbunden? Hat die Gesellschaft der Soziologie die Themen vorgegeben oder hat die Soziologie der Gesellschaft die Melodien vorgespielt? Zweitens, was wissen wir über die Langzeitentwicklungen sozialer Ungleichheit unabhängig von diesen Sinnzuschreibungen? Drittens, wie verhalten sich die Deutungen des Faches und Selbstthematisierungen der Gesellschaft zu den verfügbaren Langzeitbeobachtungen?

Soziale Ungleichheiten als Realitätskonstruktionen der Soziologie¹

Die 2000er Jahre

Den aktuellsten Blick der (deutschen) Soziologie auf gesellschaftliche Ungleichheit lässt sich in einem Beitrag finden, den der Göttinger Soziologe Berthold Vogel gerade in der Zeitschrift Mittelweg 36 veröffentlicht hat. Vogel diagnostiziert einen grundlegenden Strukturwandel. Die durch Arbeitsrecht und Wohlfahrtsstaat geschützte Mittelschicht, die »bildungs- und aufstiegsorientierten (Fach-)arbeiter und Angestelltenmilieus« (Vogel 2004: 40), das juste Milieu der Bundesrepublik, sei in ihrem relativen Status kollektiv bedroht: »Denn soziale Gefährdungen verharren nicht mehr länger in beklagenswerten Randlagen der Armut und Ausgrenzung, sondern sie entwickeln sich immer mehr zu Alltagserfahrungen der gesellschaftlichen Mitte.« (Vogel 2004: 36f.). Damit kämen zu den sozial Exkludierten, zu den vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten, zu einer wachsenden Gruppe von Ȇberflüssigen« (Bude 1998) erhebliche Teile der vormaligen etablierten Mittelschicht hinzu, deren Wohlstand prekär, deren Status vulnerabel und deren Aufstiegsaspirationen illusionär seien: »(...) materielle und soziale Ressourcen sind knapp, so dass der (auch kurzfristige) Verlust des Arbeitsplatzes, eine länger währende Erkrankung oder familiäre Probleme gravierende soziale Folgen haben können.« (Vogel 2004: 44) Was sind die empirischen Belege, die für die Entwicklung ins Feld geführt werden? Die alten Dienstklassen, in Dahrendorfs oder Goldthorpes Terminologie, gelten als »hegemoniale Lebensmuster«, bedroht durch die »Metamorphosen der Erwerbsarbeit«: Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Scheinselbständigkeit, Expansion der Niedrigeinkommen, Mehrfachbeschäftigung, flexibilisierte und atypische Beschäftigungsformen, der Verlust der sozialintegrativen Kraft und Selbstverpflichtung privater und öffentlicher Unternehmen mit der Folge verschärfter Auswahlprozesse und wachsender innerbetrieblicher Ungleichheiten. An die Stelle des vollzeitig und

¹ Zu einem früheren Überblick über die Ungleichheitsdiskurse der deutschen Nachkriegssoziologie, siehe Müller/Mayer 1975; 1977.

unbefristet Erwerbstätigen, tariflich Entlohnten und Sozialpflichtigen träten Arbeitskraftunternehmer, Minijobber, Ich AG'ler und Leiharbeiter. »Das Modell Deutschland, das die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates eng mit der Gestaltung der Erwerbsarbeit verknüpfte, und das die Erzählung eines kollektiven Aufstiegs des sozialversicherten Arbeitsnehmers war, ist offensichtlich abgeschlossen.« (Vogel 2004: 48)

Die normativen und politischen Implikationen dieses Ungleichheitsszenarios sind offensichtlich und werden von Vogel auch zentral thematisiert. Der Wohlfahrtsstaat »(...) hat einen prägenden Einfluss auf soziale Gliederung und Schichtung (...)« (Lütz/Czada 2000: 27), soziale Klassenverhältnisse und Ungleichheiten sind Ausdruck von Rechtssetzung, wohlfahrtsstaatlicher Interventionen und politischer Gestaltung, und eben nicht primär von Marktprozessen und Assoziationswettbewerben. Dies gilt nicht nur für die kollektive Definition von Armutsgruppen wie nach Hartz IV, sondern gerade auch für die Mittelklassen: »Denn dort nehmen die Prozesse sozialer Ausgliederung und Deklassierung ihren Ausgang.« (Vogel 2004: 51) Der Wohlfahrtsstaat ist gefordert, kollektive Risiken zu vermeiden oder abzusichern und entsprechend müsse sich Ungleichheitssoziologie als politische Soziologie rekonstituieren.

Die unmittelbare Nachkriegszeit

Dieses aktuellste Ungleichheitsszenario weist interessante Parallelen zur unmittelbaren Nachkriegszeit auf. Auch damals ging es nicht nur um die Ungleichheit »unten«, sondern um den drohenden oder realen Absturz bislang etablierter und wohlsituierter Klassen und Schichten. Auch damals war der Staat der Adressat für als unumgänglich erachtete Absicherungsleistungen und Umverteilungen. Und schon damals wurde eine »alte Unübersichtlichkeit« von Entstrukturierung, Entschichtung und Zerfall der Klassengesellschaft postuliert. Als zeitdiagnostische Quelle soll uns für das Nachkriegsszenario Helmut Schelskys These von der nivellierten Klassengesellschaft von 1953 dienen (Schelsky 1965a). Schon zuvor hatte der amerikanische Soziologe Howard Becker (1950) einen radikalen Wandel des deutschen Schichtungsgefüges ausgemacht. Die größten Zerstörungen der Weltgeschichte, die größte Bevölkerungsverschiebung und massive politische Säuberungen führten zum Verschwinden der adligen Eliten, zur weitgehenden Vernichtung von Geld- und Besitzvermögen, zu einer allgemeinen Verarmung und zur Unterschichtung durch Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen. Schelsky (1965a, b) fügt diesen radikalen Bedingungen von sozialen Abstiegsprozessen zwei entgegenlaufende Prozesse kollektiver Aufstiegsprozesse hinzu, den kollektiven Aufstieg der alten Industriearbeiterschaft und die Karriereaufstiege der Angestellten und Beamten in den staatlichen und privatwirtschaftlichen Bürokratien. Für Schelsky resultierte diese Gemengelage im praktisch vollständigen Verschwinden von Klassengrenzen und Statusdistinktionen. Weil (fast) alle mobil sind, gibt es keine normstiftenden und werteprägenden stabilen Kerngruppen von Klassen und Schichten mehr. Die beiden zentralen Folgen traditioneller Ungleichheitsstrukturen – Statusstreben und Klassenkonflikt – entfallen oder verwässern. An ihre Stelle treten universales Erfolgsstreben und Mobilitätsorientierungen, die aber in den ausgedünnten und verkürzten Sozialhierarchien gar keine Realisierungschancen mehr finden. Statuskulturen werden ersetzt durch kommerzialisierten Massenkonsum und eine zunehmende Ähnlichkeit von Lebensstilen.

Die normativen und politischen Implikationen dieses Szenarios sind ambivalent. Einerseits kennt eine nivellierte Mittelstandgesellschaft weder ein verarmtes Proletariat noch eine überprivilegierte Oberschicht als Anlass für wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizite. Totale Mobilität lässt das »Ärgernis sozialer Ungleichheitwerblassen. Andererseits erfordern und legitimieren kriegsbedingte Deklassierungen und Verarmungen sozialstaatliche Umverteilungsmaßnahmen. Bodenreform und Verstaatlichung waren wenigstens für kurze Zeit konsensfähig, sogar im Ahlener Programm der CDU von 1947. Eine Reduzierung von Ungleichheiten war nicht nur Ergebnis nationalsozialistischer Volksgenossenschaft und kriegsbedingter Verwerfungen, sondern reale Folge sozialpolitischer Eingriffe der Adenauer-Ära. So schreibt der Historiker Konrad Jarausch:

»Durch die soziale Solidarität des umfassenden Lastenausgleichs, der den erlittenen Schaden durch eine Sondersteuer der Nicht-Betroffenen finanziell kompensierte, verwandelte sich das arische Herrenvolk in eine Hilfsgemeinschaft von Kriegsversehrten, Witwen, Waisen, Flüchtlingen, Vertriebenen und Ausgebombten.« (Jarausch 2004: 83)

Da aber sowohl Renten als auch der Lastenausgleich sich an vorgängigen Vermögens- und Lohndifferenzierungen orientierten, war das beabsichtigte und erreichte Ergebnis nicht Abbau von Ungleichheit, sondern (partielle) Statusrestauration.²

Die sechziger Jahre: Bildung ist Bürgerrecht

Das dominante Ungleichheitsszenario der 1960er Jahre war die Ungleichheit der Bildungschancen. Auch diese Problemlage ist nicht von der Soziologie aufgedeckt worden, sondern von der OECD, dem Theologen Picht (1964) und dem Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Edding. Bei Edding (1952) und später Peisert

² Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass das für diese Zeit zentrale Ungleichheitsphänomen der Vertriebenen und Flüchtlinge aus der Sichtweise sowohl von Politik als auch der Soziologie am Ende der sechziger Jahre als ein erfolgreich gelöstes Problem erschien, so dass in Umfragen heute auch gar nicht mehr nach diesem Herkunftsstatus gefragt wird. Es ist Johann Handl/Christa Herrmann (1993) und Paul Lüttinger (1989) zu verdanken, dass sie gezeigt haben, dass Flucht und Vertreibung z.T. noch lange nachwirkende Benachteiligungen bewirkten – ein Beispiel für unsichtbare, weil nicht thematisierte Ungleichheiten.

(1967) ging es um brachliegende »Begabungsreserven« der Mädchen, Katholiken und Landkinder, bei dem OECD Bericht von 1962 um den deutschen Rückstand in der Sekundarstufe und an den Hochschulen (auch schon damals unter Vernachlässigung der Lehrlingsausbildung), bei Picht um die fehlenden Lehrer für den Babyboom, und bei den Unternehmerverbänden um Humankapitaldefizite nach dem Sputnikschock. Dahrendorf (1965) diffundierte hingegen aus der London School of Economics eine Klassenperspektive der Benachteiligung von Arbeiterkindern nach Deutschland und via T. H. Marshall eine politisch-soziologische liberale Norm von Bedingungen für demokratische Teilnahme: »Bildung als Bürgerrecht«.

Die Soziologie lieferte auch (mehr vermeintliche als erwiesene) Forschungsbefunde und Theorien zu den Ursachen und Mechanismen der Bildungschancenungleichheit: schichtspezifische Sozialisation, restriktive und elaborierte Codes, das dreigliedrige Schulsystem als Reproduktionsinstanz sozialer Schichtung. Burkart Lutz (1989) steuerte dann später die wichtige Interpretation vom Bildungsrückstand der Generationen seit dem Ersten Weltkrieg als verhinderte Statusaspirationen und blockierte Aufstiegschancen bei.

Die Bestimmung des Gerechtigkeitsdefizites und die Wege zu seiner Abhilfe schienen offensichtlich: Bildungsexpansion als Ausweitung der Kohortenanteile in den Realschulen, Gymnasien und Hochschulen, Gesamtschulen und reformierte, weniger bildungsbürgerliche Curricula. Ein Soziologe, Ludwig von Friedeburg (1989), wurde hessischer Kultusminister und brachte die Autorität der Fachdisziplin in den Reformprozess ein. Diese Autorität, weil wenig forschungsfundiert, wurde dabei erheblich angekratzt. Im Endergebnis blieb völlig unklar, was die Norm der Gleichheit der Bildungschancen empirisch implizieren sollte. Wegen der Korrelation zwischen Bildungsfähigkeiten und sozialer Herkunft kann eine realisierte Meritokratie ja sogar besonders starke Abhängigkeiten des erreichten Bildungsstandes vom kulturellen Kapital der elterlichen Familie generieren. Weitgehend vernachlässigt blieb auch die Frage, ob eine Bildungsexpansion geeignet ist, die Disparitäten nach sozialer Herkunft zu reduzieren oder ob sie nur jeweils in höhere Ränge des Bildungssystems verschoben werden (Müller/Mayer 1976; Mare 1980; Raftery/Hout 1993).

Die siebziger Jahre: das Ende und die Renaissance von Klassenkonflikten

In den siebziger Jahren blieb die Ungleichheit der Bildungschancen ein nachhaltiges Motiv soziologischer Ungleichheitsszenarien, zunehmend aber mit den Untertönen negativer Folgen der Bildungsexpansion als Bildungsinflation, demographisch bedingter Engpässe im Zugang zum Arbeitsmarkt und (vermeintlich) absinkender Bildungserträge. Gleichzeitig sah die soziologische Bühne Neuinszenierungen marxistischer Klassenanalysen. Dabei standen die wichtigen Beiträge von Claus Offe

(1972) und Bergmann u.a. (1969) zu Widersprüchen im Spätkapitalismus in deutlichem Widersprüch zu den eher traditionellen Klassenanalysen von Tjaden-Steinhauer und Tjaden (1985) sowie Herkommer (1976). Offe (1972; 1984) sah den Wirkungszusammenhang von Lohnabhängigkeit und Klassenkonflikt in der Kette Arbeit-Einkommen-Lebenschancen in mehrfacher Weise vermittelt und unterminiert: durch makroökonomische Steuerung, Normen gerechter Entlohnung und wohlfahrtsstaatliche Umverteilung. Mehr und mehr Güter werden nicht auf privaten Märkten, sondern in Arenen öffentlicher Daseinsvorsorge verteilt. Daraus resultieren »horizontale Disparitäten« ungleichgewichtiger Bedürfnisbefriedigung. Klassenkonflikte als Gruppenkonflikte werden transformiert in Systemwidersprüche und Disparitäten zwischen Lebensbereichen. Ungleichheiten werden unsichtbar durch flexible Korrekturen staatlicher Umverteilung oder subjektive Verkürzung relativer Deprivation. Hingegen beharrten traditionelle Klassentheoretiker auf der Identität von Klassenverhältnissen als Systemwidersprüchen und Ungleichheitsformationen.

Die analogen Vorstellungen von Gleichheitsnormen und Gerechtigkeitsdefiziten lagen in der Reifikation bzw. dem Verlust der ausgebeuteten Arbeiterklasse und ihrer Rolle als gesellschaftliche Avantgarde sozialistischer Revolution. Bei Offe treten die neuen sozialen Bewegungen in diese theoretische Leerstelle ein. Er bringt überdies ein neues Thema in die Ungleichheitsdebatte ein: die wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungssysteme und Bürokratien als neue Herrschaftssysteme (Offe 2000).

Die achtziger Jahre: Individualisierung, soziale Milieus und neue Ungleichheiten

In den achtziger Jahren steht zuvörderst das debunking der Soziologie sozialer Ungleichheiten auf dem Programm. Noch beeindruckt von den Wohlstandsschüben der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, vom Wertewandel und der Bildungsexpansion wird die Auflösung vorgängiger Klassenstrukturierung und lebensweltlicher Stratifizierung konstatiert. Nationale kollektive Klassenmitgliedschaften, geschichtete Familienverbände, lokale Statussysteme, Bildungspatente, Beruf und Arbeitseinkommen hätten ihre prägende Kraft für Lebenschancen verloren (Beck 1986). Individualisierungsschübe differenzierten Lebenswelten, Lebensstile und soziale Milieus (Hradil 1999). Funktionale Differenzierungen lösten stratifikatorische Systeme ab, deren Hochzeit historisch weit rückwärts bis ins Mittelalter verlegt wird (Luhmann 1984). Diese originär von der Soziologie entfalteten Perspektiven erschließen analytisch und empirisch neue Welten: zum einen die Pluralisierung von Lebensformen in den privaten Beziehungsmustern, die Vielfalt von Habitus und Milieus, die neuen Ungleichheiten und Differenzierungen nach Alter und Biografie, Geschlecht, Freizeitverhalten und Konsumstilen, zum andern eine Welt kollektiver

Akteure in korporatistischen Institutionen und im politischen System, die zunehmend losgelöst erscheinen von gesellschaftlichen Großgruppen.

Mit einer zentralen Ausnahme werden Gleichheitsnormen und ableitbare Vorstellungen von Gerechtigkeitsdefiziten damit gleichsam entsorgt. Individualisierte Lebensformen kennen keine ableitbaren privilegierten und benachteiligten Gruppen. Die große Ausnahme ist die Thematisierung der Geschlechterungleichheit. Die Benachteiligung von Frauen scheint einerseits durch Patriarchat und doing gender zementiert, andererseits gilt sie doch als partiell überwindbar durch gleiche Bildungs- und Arbeitsmarktteilhabe, durch Gleichstellungsregeln und durch eine auf Bewusstseinsänderung drängende Frauenbewegung.

Als gegenläufige Entwicklung drängen sich aber an den Rändern der Gesellschaft neue Probleme sozio-ökonomischer Ungleichheit auf, die aber an die Sozialpolitik als akademische Teildisziplin und funktionales Subsystem delegiert werden: die Wahrnehmung dauerhafter Verarmung und Verelendung infolge struktureller Arbeitslosigkeit mit der Formel von der Zwei-Drittel-Gesellschaft (Hanesch u.a. 2000; Habich 1996), die staatsbürgerliche und materielle Ausgrenzung von Arbeitsmigranten sowie das Scheitern von jungen Erwachsenen an den Schwellen zum Arbeitsmarkt (Baethge u.a. 1988).

Polarisierungen der neunziger Jahre: Globalisierung, Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und Deklassierung der Ostdeutschen

Unter neuen Vorzeichen wird die Ungleichheitsthematik in den neunziger Jahren wieder zu einem erstrangigen Feld der bundesdeutschen Soziologie. Die primären Ursachen sind die Reorganisation der Wirtschaft unter realen oder vermeintlichen globalen und europäischen Wettbewerbszwängen, die budgetären Engpässe der Sozialkassen, die Polarisierung zwischen noch durch Arbeitsrecht und Tarifvertrag geschützten Arbeitsplatzbesitzern einerseits und flexiblen Arbeitskraftunternehmern (Voß/Pongratz 1998), Langzeitarbeitslosen und Resignierten in der Arbeitsmarktreserve andererseits. Aus Individualisierungsoptionen werden Flexibilisierungszwänge. Die neunziger Jahre brachten die ökonomischen Realitäten von Klassenlagen wieder stärker zur Geltung.³ Offensichtlich waren Arbeitslosigkeitsrisiken, Einkommenseinbußen, Krankheitsrisiken und die Chance guter medizinischer Versorgung, die Sterblichkeit und die Lebenserwartung immer noch stark durch Klassenlagen beeinflusst, und die PISA-Befunde erinnerten eine verdutzte Öffentlichkeit und Soziologie an die spezifisch deutsche, sehr starke Herkunftsgebundenheit von

³ Dies führte aber nicht zu der naheliegenden grundlegenden Revision der Interpretationsformeln (Friedrichs 1998).

Schulleistungen (Baumert/Schümer 2001). Der Zuwachs an Doppelverdienerhaushalten erhöhte vermutlich auch die Einkommensungleichheiten zwischen Familien (Blossfeld/Drobnic 2001). Gleichzeitig erhöhten sich die sozialen Disparitäten sowohl innerhalb des privaten Sektors (z.B. durch die zeitweise hohen Gewinne in der IT-Branche), als auch zwischen dem privaten Sektor und dem öffentlichen Dienst, der weiterhin Beschäftigungssicherheit und Besitzstände garantierte. Ungleichheitssteigernd wirkten in Westdeutschland, aber noch mehr zwischen Westund Ostdeutschland, in erheblichem Umfang auch Vererbungen von Vermögen und Hausbesitz (Braun u.a. 2002). Nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Debatten über die Rentenreformen wurden auch die Ungleichheiten zwischen den Älteren und Jüngeren thematisiert. Relativ gute Alterseinkommen kombiniert in Teilen mit akkumulierten Geld- und Sachvermögen privilegierten die Älteren im Vergleich zu den Jüngeren, die bei geringeren Erwerbschancen höhere Beiträge aufbringen müssen (Wagner u.a. 1996).

Die Neueinschätzung vertikaler Polarisierungen wird überlagert durch die ausbleibende Konvergenz der Lebenslagen in Ost- und Westdeutschland. Was zunächst als transformationsbedingte Anpassungsprobleme gewertet wurde, wurde zum Potential dauerhafter kollektiver Ungleichwertigkeit. Marginalprobleme des Westens wie Arbeitslosigkeiten wurden in Ostdeutschland zur Mehrheitserfahrung (Mayer 2001). Allerdings scheint sich die (West-)Soziologie inzwischen weitgehend aus der Dauerbeobachtung von Ungleichheitsentwicklungen in Ostdeutschland ausgeklinkt zu haben.

In der Zuschreibung von Gerechtigkeitsdefiziten schwankt die Soziologie in dieser Zeit – wenn auch viel moderater – ebenso wie der politische und öffentliche Diskurs zwischen Betroffenheitsempathie und Rezepten neoklassischer Arbeitsmarktökonomik. Auch eine auf Institutionen gerichtete Bildungspolitik hat ihre »Sesam-Öffne-Dich-Funktion« für die Reduzierung von Chancenungleichheiten verloren. Es gibt aber eine wichtige Innovation: die international vergleichende Analyse der Ungleichheitsfolgen der Globalisierung. Die Filterung dieser Folgen durch national unterschiedliche Institutionenkonfigurationen werden zum Kernstück der Kontroverse über die Erhaltung, Abbau oder Umbau des Sozialstaates und zum Exempel möglicher alternativer Politiken. So argumentieren etwa Rieger und Leibfried (2003) für den Erhalt des Wohlfahrtsstaates als Voraussetzung der sozialpolitischen Bewältigung ökonomischer Anpassungskrisen, während Streeck (2004) die positiven Erträge des Modells Deutschland und die Nischenchance eines high skill-high wage Gleichgewichts zunehmend skeptisch beurteilt.

Lassen Sie mich ein Zwischenfazit ziehen:

Erstens, die deutsche Soziologie hat in den 60 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg Strukturen und Problemlagen sozialer Ungleichheit in ganz unterschiedlicher Intensität und mit ganz unterschiedlicher inhaltlicher Akzentuierung thematisiert.

Zweitens, mit diesen verschiedenen Thematisierungen waren jeweils spezifische Vorstellungen von (verletzten) Gleichheitsnormen und Gerechtigkeitsdefiziten verknüpft.

Drittens, in der Regel hat sie damit nur jeweils Problemwahrnehmungen aufgenommen, die sie in der Gesellschaft vorgefunden hat. Es gibt hier allerdings bemerkenswerte Ausnahmen, bei denen die Soziologie der Gesellschaft die Melodie vorgespielt hat. Dazu zählen Schelskys These von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft, die neomarxistischen Klassenanalysen und die Individualisierungsthesen von Ulrich Beck. Vor allem die Arbeiten von Ulrich Beck haben eine Wirkungsmacht entfaltet, die nicht nur für andere Sozialwissenschaften außerhalb der Soziologie verbindliche Realitätskonstruktionen setzte, sondern auch für den öffentlichen Diskurs und die Strategiestäbe von Parteien und Gewerkschaften.

Viertens, die Sequenz dieser Thematisierungen und differenzierten Analysen sozialer Ungleichheit reflektiert sicherlich auch reale Entwicklungen oder zumindest reale Erfahrungen des Nahbereichs. Sie erscheinen in jeder Periode hochplausibel und verfestigen sich zum Konsens des Faches. Sie haben eine zeitdiagnostische Faszination und zum Teil eine moralische Dimension, der man sich nur schwer entziehen kann. Bei genauerer Prüfung ist der Realitätsbezug allerdings weithin ungesichert und zum Teil zweifelhaft. Die rasche Abfolge von Integration und Ausgrenzung, verschärften Klassenlagen und Zerfall der Klassengesellschaft, Entschichtung und Restratifizierung verweist auf ein Ausmaß an Diskontinuität, das für Sozialstrukturen ungewöhnlich wäre. Man braucht nicht die materiellen Deprivationen und das soziale Elend angebbarer kleinerer Gruppen kleinzureden, wenn man die Dauerarmut eines unteren Drittels, den Absturz der Mittelschichten, die neue Mehrheit der Arbeitsmarktflexibilisierten, brasilianische Erwerbsverhältnisse (Beck 1999) oder eine neue Großgruppe der »Überflüssigen« (Bude 1998) als unbelegte Fiktionen ansieht. Wenn aber empirische Begründungspflichten weitgehend außer Kraft gesetzt sind, so schwindet zwangsläufig auch die Überzeugungskraft von aus nur postulierten Fakten abgeleiteten Gerechtigkeitsverletzungen und damit die beanspruchte »Kraft der Aufklärung«.

Offenbar fehlt uns im Hinblick auf soziale Ungleichheiten ein Beobachtungsrahmen, der es erlauben würde, Stabilität und Wandel gleichermaßen in Blick zu nehmen und deren relativen Stellenwert zu bestimmen.

Langzeitbeobachtungen sozialer Ungleichheiten

Ich möchte im Folgenden exemplarisch einige der wenigen verfügbaren Langzeitbeobachtungen heranziehen, um auf einer anderen Beschreibungsebene Ausmaß und Veränderung sozialer Ungleichheiten und damit potentielle Gleichheitsdefizite auszuloten.

Qualifikationen und die Integration in den Arbeitsmarkt

Die wichtigste Barriere im Zugang zu Beschäftigung, Status und Einkommen bildet in der deutschen Gesellschaft das Absolvieren einer qualifizierten Ausbildung und die damit vermittelten Chancen einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt. Quantitativ ist die bei weitem wichtigste Kategorie die qualifizierte Ausbildung unterhalb der Hochschulen. Die oben skizzierten Ungleichheitsszenarien vermuten seit den siebziger Jahren eine zunehmend brüchige Verkoppelung von Ausbildung und Arbeitsmarktintegration. Zyklen von Lehrstellenknappheit, Zuwachs der Jugendlichen in der Warteschleife, erhöhte Arbeitslosigkeitsraten an der zweiten Schwelle nach einer Lehrlingsausbildung, die massive Zunahme von Mehrfachausbildungen (Jacob 2004) sowie die Zunahme befristeter Erstbeschäftigungen lassen eine solche These auch hochplausibel erscheinen.

Wir haben mit den westdeutschen Daten der Lebensverlaufsstudie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung untersucht, wie sich die Integrationsmuster für die Jahrgänge der um 1920 bis zu den 1971 Geborenen entwickelt haben (Pollmann-Schult/Mayer 2004). Diese Entwicklung ist zunächst dadurch gekennzeichnet, dass sich der Gesamtanteil der beruflich Qualifizierten (ohne Hochschulabsolventen) bei den Männern von etwa 70 Prozent auf 80 Prozent und bei den Frauen von 45 Prozent auf 75 Prozent erhöht hat. Ich möchte zwei Aspekte genauer betrachten: zum einen den Anteil jener, die keine ausbildungsadäquate Tätigkeit fanden, also als Un- oder Angelernte arbeiteten, zum anderen den Anteil jener, die keine Beschäftigung in ihrem Ausbildungsberuf fanden.

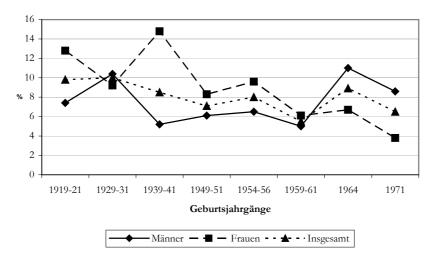


Abbildung 1: Nichtausbildungsadäquate Beschäftigung, nach Geburtsjahrgang, Geschlecht und Ausbildungsart (in Prozent)

(Quelle: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Westdeutsche Lebensverlaufsstudie, Pollmann-Schult/Mayer 2004)

Für Frauen und Männer zusammen beobachten wir einen erstaunlich konstanten und niedrigen Anteil von nichtausbildungsadäquater Beschäftigung zwischen 7 und 9 Prozent mit Ausreißern zum Guten bei den um 1960 Geborenen und zum Schlechten bei den vor 1940 Geborenen. Bei den Männern blieb dieser Anteil zwischen den 1940 und 1960 Geborenen, also grob in der Zeit von 1960 bis 1980, mit 5 bis 6 Prozent relativ konstant, stieg dann für die Babyboomkohorte der 1964 Geborenen auf 11 Prozent und fiel dann wieder auf 8 bis 9 Prozent. Bei den Frauen fiel dieser Anteil von 15 Prozent bei den um 1940 Geborenen relativ stetig auf unter 5 Prozent für die jüngste Kohorte (Abb. 1).

Wenn wir den Anteil derer betrachten, die – wenigstens zunächst – keine Tätigkeit in ihrem erlernten Beruf finden, so zeigt dieser *mismatch*-Anteil bei Frauen und Männern zusammen eine ebenfalls sehr hohe Konstanz von etwa einem Fünftel. Bei den Männern haben sich die nicht im Lehrberuf Tätigen in den achtziger und neunziger Jahren um etwa 5 Prozent auf knapp ein Viertel erhöht – gegenüber einer relativ konstanten Phase mit niedrigeren Anteilen zuvor. Dagegen sehen wir eine gegenläufige Entwicklung bei den Frauen. Ihr Anteil in nicht-erlernten Berufen lag mit fast einem Drittel bei den um 1940 Geborenen sehr hoch und fiel kontinuierlich um fast die Hälfte für die jüngsten Kohorten (Abb. 2).

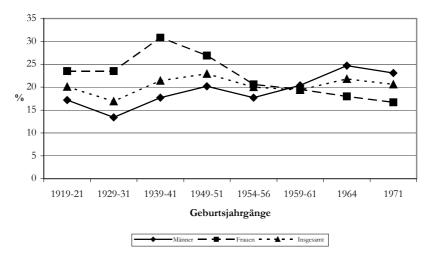


Abbildung 2: Beruflicher »mismatch« der 1. Erwerbstätigkeit, nach Geburtsjahrgang, Geschlecht und Ausbildungsart (in Prozent)

(Quelle: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Westdeutsche Lebensverlaufsstudie, Pollmann-Schult/Mayer 2004)

Insgesamt haben wir es offenbar mit einem überraschend konstanten und immer noch hohem Ausmaß an gelungener Arbeitsmarktintegration zu tun und einer allerdings wachsenden Schere zwischen Männern und Frauen zuungunsten der Männer. Damit scheint mir jedenfalls die Basis relativ stabiler Ungleichheitsstrukturen vorgegeben.

Vier Einschränkungen sind hier angebracht. Erstens, die hier vorgestellten Daten schließen die Ausländer aus. Holger Seibert (2004) hat in seiner Dissertation gezeigt, dass die entscheidenden Unterschiede aber nicht in deren Arbeitsmarktchancen nach einer Lehre liegen, sondern an der ersten und zweiten Schwelle. Nur 40 Prozent der türkischen Jugendlichen, aber 80 Prozent der ehemaligen Jugoslawen und 70 Prozent der jungen Erwachsenen aus den anderen Mittelmeerländern schließen eine qualifizierte Ausbildung ab. Zweitens kann es sehr wohl sein, dass sich zunehmende Polarisierungsprozesse nicht am Beginn, sondern am Ende des Erwerbslebens und für Frauen nach der Kinderphase konzentrieren. Daher haben wir hier nur einen Blick auf ein Teilbild geworfen. Drittens, hat die immer noch erfolgreiche Integration von mindestens 90 Prozent jeden Jahrgangs ihre Kehrseite in den massiv angestiegenen Zutrittsbarrieren für Ausbildungslose (Solga 2003). Schließlich kann aus der Stabilität der vergangenen Jahrzehnte nicht im Sinne einer unausweichlichen Pfadabhängigkeit eine Fortsetzung dieser Entwicklungsrichtung

geschlossen werden. Die Gefährdungen zum Beispiel des dualen Systems der schulisch-betrieblichen Ausbildung sind wahrscheinlich und in Ostdeutschland bereits real.⁴

Soziale Mobilität und die Offenheit der deutschen Gesellschaft

Mein zweites Beispiel bezieht sich auf Prozesse intergenerationaler sozialer Mobilität und daraus ableitbarer Parameter über Veränderungen der relativen Offenheit oder Geschlossenheit der deutschen Gesellschaft, das heißt dem Grad der Chancenungleichheit. Thesen zunehmender Offenheit durch mehr meritokratische Auswahl, der Ultrastabilität von Geschlossenheit und Vermutungen über zunehmende Risiken der Abstiegsmobilität konkurrieren auf diesem Feld (Becker/Lauterbach 2004).

Walter Müller und Reinhard Pollak (2004) haben für den Zeitraum 1976 bis 2002 aus Daten des SOEP, ALLBUS und weiteren ZUMA-Umfragen eine sehr große kumulative Stichprobe mit über 25.000 Fällen gebildet. Die daraus mit dem Erikson-Goldthorpe Klassenschema errechneten Auf- und Abstiegsraten zeigen für westdeutsche Männer ein konstantes Verhältnis, beide Raten nehmen im Niveau etwas zu. Westdeutsche Frauen erfahren in der Tendenz mehr Aufstiege und weniger Abstiege. In Ostdeutschland sind Frauen und Männer während des vergangenen Jahrzehnts weniger häufig im Vergleich mit ihren Vätern aufgestiegen und mehr Männer sind abgestiegen (Abb. 3 und 4).

⁴ Einwände gegen dieses Bild relativer Konstanz könnten auch im Hinblick auf die erzielten Einkommensrenditen erhoben werden. Nach Weißhuhn (2001) blieben die bruttolohnstunden-bezogenen Einkommensrenditen für Personen mit abgeschlossener Schulausbildung zwischen 1987 und 1997 konstant, während sie sich für Hochschulabsolventen etwas reduzierten. Für die jüngsten Kohorten berichten Steiner/Lauer (2000) über Einbußen in den Bildungserträgen.

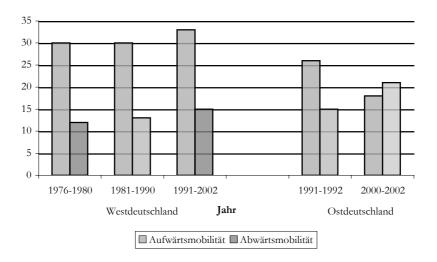


Abbildung 3: Vertikale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten – Männer

(Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2002) (Quelle: Pollak 2004: 619)

Etwas anschaulicher sind Vererbungsquoten für einzelne Klassenkategorien. In Westdeutschland haben bei den Männern die höhere Dienstklasse und die nichtgelernten Arbeiter stark konstante Vererbungstendenzen, während Facharbeiter und qualifizierte Mittelschichten sich leicht öffnen. In Ostdeutschland wächst die Vererbung am unteren Ende, während die alte hohe Geschlossenheit der qualifizierten Facharbeiter aufbricht (Abb. 5).

In Ost- und Westdeutschland gelingt es Frauen häufiger für sich selbst, und das heißt durch eigene Ausbildung, den Sozialstatus ihrer Väter zu halten. Vorläufiges vorsichtiges Fazit: hohe Konstanz in Westdeutschland, Deklassierung in Ostdeutschland (Abb. 6).

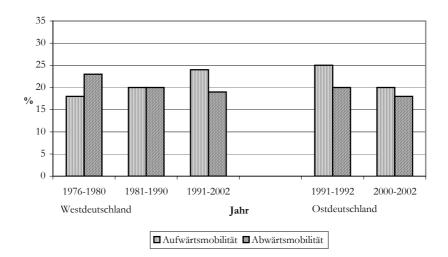


Abbildung 4: Vertikale Mobilität, Auf- und Absteigsraten – Frauen

(Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2002) (Quelle: Pollak 2004: 619)

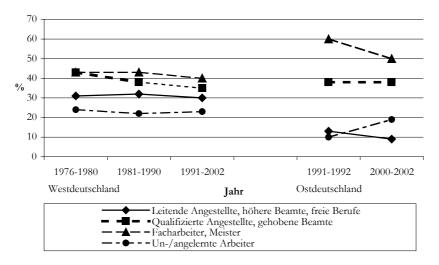


Abbildung 5: Vererbungsraten – Anteil von Männern, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihre Väter, nach sozialer Herkunft

(Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976—2002) (Quelle: Pollak 2004: 617)

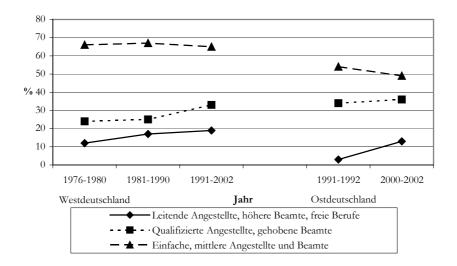


Abbildung 6: Vererbungsraten – Anteil von Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihre Väter, nach sozialer Herkunft

(Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976—2002) (Quelle: Pollak (2004: 617))

Solche Indikatoren spiegeln die Mobilitätsprozesse in einer Gesellschaft ganz gut wider, können aber vor allem auch Folge von Strukturveränderungen in den Größenordnungen der Klassenlagen sein. Abstrahiert man davon in loglinearen Modellen, so erhält man ein Maß für die relative Offenheit oder Geschlossenheit der gesamten Klassenstruktur. Diese Daten unserer Kohortenstudien zeigen ein solches Maß für die Jahrgänge um 1920–1971, wobei die Geburtskohorten 1919–1921 gleich eins gesetzt sind (Abb. 7). Danach ergibt sich ein Trend leicht zunehmender Offenheit, oder genauer, größerer Offenheit nach den siebziger Jahren unterbrochen von einer höheren Klassenrigidität für den Babyboomjahrgang 1964.⁵

⁵ Für seine Mitwirkung bei der Berechnung des Trendmodells danke ich Meir Yaish von der Universität Haifa.

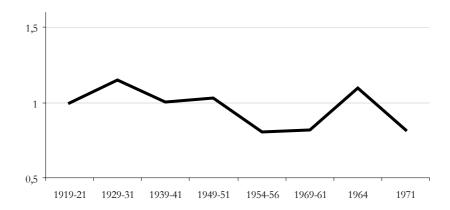


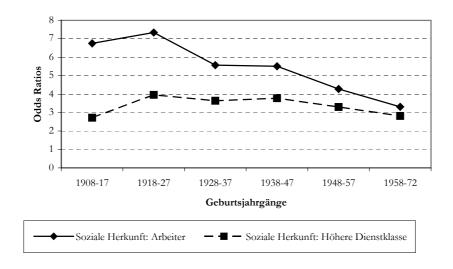
Abbildung 7: Entwicklung der »Offenheit« der (West-)deutschen Klassenstruktur zwischen den Geburtsjahrgängen 1919–1921 bis 1971 – Intergenerationale Mobilität für Männer

(Quelle: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, Westdeutsche Lebensverlaufsstudie, Erikson-Goldthorpe Klassenschema, loglineares UniDiff-Modell, Basis = Jg. 1919–1921)

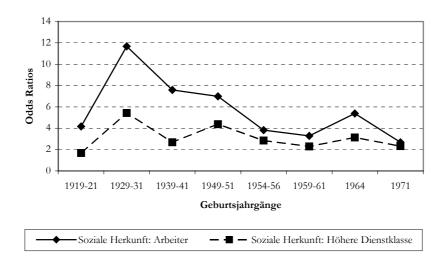
Mit seiner Serie von Querschnittsdaten bestätigt Pollak (2004) für die letzten dreißig Jahre einen Trend zunehmender Offenheit für westdeutsche Männer und eine Konstanz für westdeutsche Frauen sowie eine zunehmende Klassenschließung in Ostdeutschland. Für die Ungleichheit der Bildungschancen könnte man nach den PISA-Befunden zu Schichtunterschieden in Schulleistungen vermuten, dass sie in Deutschland nicht nur sehr ausgeprägt ist, sondern sich auch wenig verändert hat (Baumert/Schümer 2001). Im Gegensatz dazu haben Luijkx, Müller und Pollak (2004) mit Kohortendaten ebenfalls einen Trend zunehmender Chancengleichheit herausgefunden (vgl. auch Mayer 2002; Mayer u.a. 2004). Im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern war dieser Trend eher stärker und entspricht in der Größenordnung der Egalisierung der Bildungschancen zwischen Frauen und Männern (Abb. 8).

Mit aller Zurückhaltung würde ich aus diesen Befunden ableiten, dass sich der Grad der Chancenungleichheit in Westdeutschland ausgehend von einem hohen Sockel in den letzten Jahrzehnten verringerte, während er sich in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, ausgehend von einem niedrigen Niveau, erhöht hat.

Allerdings ist mit solchen Befunden eine Ursachenzurechnung noch nicht geleistet. Aus der zunächst vermuteten Konstanz des Grades sozialer Schließung hat man abgeleitet, dass eine Erhöhung der Chancengleichheit dort ihre Grenzen finden muss, wo man Familien nicht hindern kann und darf, ihre Vorteile an ihre



(Quelle: Mayer u.a. 2004)



(Quelle: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, Westdeutsche Lebensverlaufsstudie, vgl. Mayer 2002)

Abbildung 8: Relative Chancen eines Hochschulabschlusses nach Klassenlage (Erikson-Goldthorpe) (Odds Ratios)

ihre Kinder weiterzugeben (Goldthorpe 2000). Die empirische Widerlegung der Stabilitätsthese und der internationale Vergleich legen nahe, dass diese Grenze noch längst nicht erreicht ist. Auch der Abbau und zum Teil die Umkehr von Geschlechterungleichheiten demonstriert die Gestaltbarkeit von zunächst als übermächtig empfundenen Gesellschaftsstrukturen. Trond Petersen und seine Kollegen (2001, 2004) haben für die USA und Norwegen gezeigt, dass es in diesen Ländern von der Auswahl von Bewerbern in Firmen bis zu Karrierechancen keine Diskriminierung von Frauen mehr gibt. Gleichstellungsregeln waren also hochwirksam. Die verbleibende Geschlechterungleichheit manifestiert sich vielmehr an der politisch schwer zugänglichen Nahtstelle zwischen dem privaten und öffentlichen Bereich, also zum Beispiel in Entscheidungen über die Teilnahme an Bewerbungen. Davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt.

So hat sich zum Beispiel das Verhältnis von weiblichen und männlichen Arbeitseinkommen im Vergleich der Geburtsjahrgänge 1950 bis 1960 praktisch nicht geändert, auch wenn man Veränderungen in der Merkmalausstattung, also zum Beispiel Arbeitsstunden, mit einbezieht (Brückner 2004) (Abb. 9).

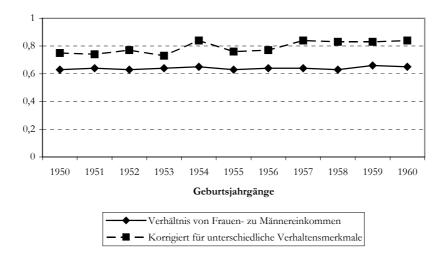


Abbildung 9: Arbeitseinkommensdiskrepanzen zwischen Frauen und Männern, Geburtsjahrgänge 1950–1960

(Quelle: Brückner 2004: 145, Daten der Beschäftigungsstichprobe des LAB)

Einkommensungleichheit und Einkommensmobilität

Zumindest gegen Querschnittsvergleiche intergenerationaler Mobilität kann zu Recht der Einwand erhoben werden, dass ihnen wegen der Langfristigkeit der Wirkungszusammenhänge ein hoher Grad an Trägheit innewohnt, man also gar nicht erwarten darf, dass aktuelle Problemlagen sichtbar werden. Dieser Einwand zieht nicht bei Kohortenvergleichen, allerdings ist bei Kohortenstudien immer wieder der Einwand wohlfeil, es hätte sich gerade in den letzten Monaten alles geändert. Beide Abwehrstrategien ziehen aber nicht bei Einkommensanalysen, welche die Soziologie freilich ganz der empirischen Ökonomik überlassen hat. Daten zur Entwicklung der Einkommensverteilung bilden aktuelle Veränderungen markt- und staatsvermittelter Ungleichheit ziemlich sensibel und zeitnah ab.

Im Vergleich zu anderen hochentwickelten Gesellschaften weist die Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren hochgradig stabile Einkommensverteilungsmuster auf (Goebel u.a. 2004; Krause 2004; Noll/Weick 2005). In den neunziger Jahren ist nicht nur die Ungleichheit der Haushaltsbruttoeinkommen merklich und stetig angestiegen, für das letzte verfügbare Jahr ist auch die Umverteilung über Transfereinkommen weniger wirksam mit einer resultierenden Erhöhung auch der Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen. Die neuen Bundesländer gleichen sich langsam an die alte Bundesrepublik an (Abb. 10). Die inflationsbereinigten durchschnittlichen Haushaltsdurchschnittseinkommen sind in den alten Bundesländern konstant und eine leicht zunehmende Einkommensspreizung begünstigt vor allem die höheren Einkommensbezieher (Goebel u.a. 2004).

Betrachtet man den unteren Einkommensbereich genauer, so zeigt sich mit Ausnahme eines deutlichen Anstiegs im letzten Jahr in den alten Bundesländern eine relative Konstanz des Anteils relativer Armut um ca. 10 Prozent sowie des Anteils prekären Wohlstands um ca. ein Viertel aller Haushalte (Abb. 11). In den neuen Bundesländern liegen diese Werte durchgehend unter denen für Westdeutschland und sind weniger stabil. Allerdings stellt sich hier die Frage des Maßstabs: sollen Ost- und Westdeutsche an den Einkommensmedianen der Teilgebiete oder Gesamtdeutschlands gemessen werden?

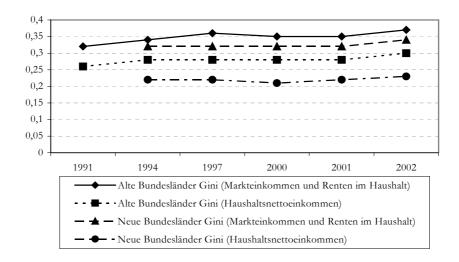


Abbildung 10: Einkommensungleichheit in Deutschland

(Quelle: Goebel u.a. 2004: 626)

Belegen schon diese Zahlen die geringe Plausibilität des eingangs angeführten Ungleichheitsszenarios von Vogel über den drohenden Absturz der Mittelschichten, so wird dies durch Daten über Einkommensmobilität noch erhärtet. Die jährliche Einkommensmobilität zwischen Quintilen ist überraschend stabil bzw. fluktuierend ohne Trend, sieht man von den anfänglichen Turbulenzen der ostdeutschen Transformation ab. Die Einkommensstabilität (gemessen über drei Jahresperioden) ist sowohl ganz unten wie ganz oben sehr hoch. Die von Vogel behauptete neue Vulnerabilität der Mittelschichten müsste sich zum Beispiel in einer zunehmenden Abstiegsmobilität vom ersten ins dritte bis fünfte Quintil oder vom dritten Quintil ins fünfte Quintil zeigen. Tatsächlich ist die erstgenannte Mobilitätsquote stabil und die letztere fällt sogar von 8,4 auf 5,9 Prozent.

Analysen zur Einkommensverteilung werfen allerdings die Frage auf, was denn die Norm gerechter Nettoeinkommensverteilung sein soll und in welchem Verhältnis wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und Gesamtwohlfahrt stehen. Die Soziologie hat sich diesen heiklen Fragen bisher mit wenigen Ausnahmen nicht gestellt. Eine Bilanzierung der positiven und negativen Folgen je verschiedener Ungleichheitsniveaus steht aus (zu den negativen Folgen, siehe Jencks 2002).

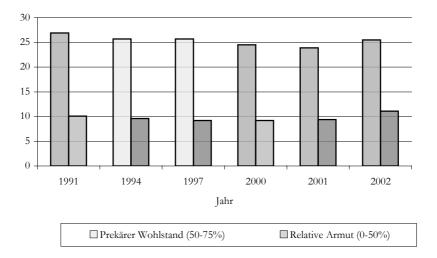


Abbildung 11: Schichtung der Bevölkerung nach relativen Einkommenspositionen Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet Deutschland insgesamt (Mittelwert gesamt = 100%)

(Datenbasis: SOEP 1991–2002) (Quelle: Goebel u.a. 2004: 629)

Schlussbemerkungen

Die eingangs skizzierten Ungleichheitsszenarios stehen in ihrer raschen Folge und mit der Behauptung jeweils massiver Umbrüche in offensichtlichem Widerspruch zu den exemplarisch aufgeführten langfristigen Entwicklungen. Eine Möglichkeit, diese Widersprüche aufzulösen, könnte darin liegen, die Metapher von den Blinden und dem Elefanten in Anspruch zu nehmen. Der eine Blinde ertastet den Rüssel, der andere Blinde das Ohr und ein Dritter den Fußstumpf. Alle drei erzählen unterschiedliche Geschichten und doch ist es derselbe Elefant. In unserem Fall gilt das besonders, geht es doch auch um die Gegensätze von Oberflächenphänomenen vs. relativ intransparente Strukturen und Prozesse, um vorauseilende Vermutungen vs. rückblickende Beobachtungen, um (falls überhaupt empirische Forschung ins Spiel kommt) eine kurzfristige illustrative Fallmethodologie vs. Investitionen in aufwändige, aber häufig abstrakte quantitative Längsschnitte.

Soziologinnen und Soziologen haben einerseits wichtige Funktionen als Trüffelschweine neuer Entwicklungen und Entwurfzeichner gesellschaftlicher Selbstbeschreibungen. Zeitdiagnosen, Perspektivenwechsel und kurzfristige Problemfokussierungen bilden eine wichtige gesellschaftliche Wirklichkeit sui generis und die Definitionen der Situation können höchst folgenreich sein (Friedrichs u.a. 1998). Andererseits braucht die Soziologie auch dauerhafte analytische Gerüste zur Erfassung sozialer Ungleichheit und systemferne Beobachterpositionen, internationale Vergleiche und komplexe empirische Dauerbeobachtungen.

Braucht die Soziologie also beides? Die Aufgeregtheit und Irrtumsanfälligkeit des Trüffelschweins und das harte, manchmal etwas bornierte Bohren dicker Bretter, die lebensweltliche Phänomenologie neuerer Entwicklungen in Teilgruppen und die großflächigere Rekonstruktion von Tiefenstrukturen, moralische Empathie und nüchterne Distanz?

Ich glaube, dass diese arbeitsteilige Lösung zu einfach wäre. Will die Soziologie im Felde sozialer Ungleichheit eine glaubwürdige und effektive Rolle als eine im besten Sinne »politische« Wissenschaft spielen, so ist mehr gefordert. Quantitative Längsschnittforschung muss ergänzt werden durch breit angelegte Fallstudien und ethnographische Beobachtungen. Und Zeitdiagnosen müssen sich jenseits der Bestätigung durch Publikumsakzeptanz empirischen Begründungspflichten stellen. Notwendig sind sowohl das Aufspüren von neuen, je aktuellen Risikogruppen, als auch die Analyse von weniger transparenten Folgeprozessen im Aggregat, über die historische Zeit und im Lebensverlauf.

Die sprunghafte Zunahme von Risiken auf dem Arbeitsmarkt und die abnehmende Solidarkraft von Familienverbänden seit den siebziger und achtziger Jahren hat – so meine vorläufige These – in (West-)Deutschland offenbar noch nicht zu einer grundlegenden Verschärfung von sozialen Ungleichheiten und zu einem tiefgreifenden Wandel ihrer Strukturen geführt: weder bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt trotz längerer und schwierigerer Übergangswege, noch in der Verteilung von Bildungs- und Berufschancen, noch in der Einkommensverteilung. Es gibt positive und negative Seiten von struktureller Trägheit, so zum Beispiel bei den analysierten Ausbildungserträgen und bei den Arbeitseinkommen von Frauen. Es gibt offenbar aber auch langfristige Trends von Egalisierung wie bei den Bildungschancen, der sozialen Mobilität und der Bildungsteilhabe von Frauen, die noch nicht ihren Scheitelpunkt erreicht haben. Insofern ist de Tocqueville noch nicht widerlegt.

Literatur

- Baethge, Martin u.a. (1988), Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen von Jugendlichen, Opladen.
- Baumert, Jürgen/Schümer, Gundel (2001), »Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb«, in: Baumert, Jürgen u.a. (Hg.), PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen, S. 323–407.
- Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1999), Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Bd. 2, Frankfurt a.M.
- Becker, Howard (1950), "Changes in the Social Stratification of Contemporary Germany", American Sociological Review, Jg. 15, H. 3, S. 333–342.
- Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hg.) (2004), Bildung als Priveleg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden.
- Bergmann, Joachim/Brandt, Gerhard/Körber, Klaus/Mohl, Ernst Theodor/Offe, Claus (1969), »Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung«, in: Adorno, Theodor W. (Hg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart, S. 67–87.
- Blossfeld, Hans-Peter/Drobnic, Sonja (Hg.) (2001), Careers of Couples in Contemporary Society. From Male Breadwinner to Dual-Earner Families, Oxford.
- Braun, Reiner u.a. (2002), Erben in Deutschland. Volumen, Psychologie und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen, Köln.
- Brückner, Hannah (2004), Gender Inequality in the Life Course. Social Change and Stability in West Germany, 1975–1995, New York.
- Bude, Heinz (1998), »Die Überflüssigen als transversale Kategorie«, in: Berger, Peter A./Vester, Michael (Hg.), *Alte Ungleichheiten neue Spaltungen*, Opladen, S. 363–382.
- Dahrendorf, Ralf (1965), Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, Tübingen.
- Edding, Friedrich (1952), Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft, Kieler Studien 12, Institut für Weltwirtschaft Kiel.
- Friedeburg, Ludwig von (1989), Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt a.M.
- Friedrichs, Jürgen (Hg.) (1998), Die Individualisierungs-These, Opladen.
- Friedrichs, Jürgen/Lepsius, M. Rainer/Mayer, Karl Ulrich (1998), »Diagnose und Prognose in der Soziologie«, in: dies. (Hg.), *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 38, Opladen, S. 9–31.
- Goebel, Jan/Habich, Roland/Krause, Peter (2004), »Einkommen, Verteilung, Armut und Dynamik«, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 2004, Bonn, S. 623–638.
- Goldthorpe, John H. (2000), "Outline of a Theory of Social Mobility", in: ders., On Sociology: Numbers, Narratives and the Integration of Research and Theory, Oxford, S. 230–258.
- Habich, Roland (1996), »Problemgruppen und Armut: Zur These der Zwei-Drittel-Gesellschaft«, in: Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (Hg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozial-struktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin, S. 161–185.
- Handl, Johann/Herrmann, Christa (1993), »Sozialstruktureller Wandel und Flüchtlingsintegration. Empirische Befunde zur beruflichen Integration der weiblichen Vertriebenen und Flüchtlinge des Zweiten Weltkriegs in Bayern«, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 22, H. 2, S. 125–140.
- Hanesch, Walter/Krause, Peter/Bäcker, Gerhard (2000), Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans Böckler Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek.

Herkommer, Sebastian (1976), »Zur Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Klassenanalyse«, in: Lepsius, M. Rainer (Hg.), Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages, Stuttgart, S. 202–222.

Hradil, Stefan (1999), Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen.

Jacob, Marita (2004), Mehrfachausbildungen in Deutschland. Karriere, Collage, Kompensation, Wiesbaden.

Jarausch, Konrad (2004), Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München.

Jencks, Christopher (2002), »Does Inequality Matter?« Daedalus, Jg. 131, H. 1, S. 49-65.

Krause, Peter (2004), »Einkommensentwicklung in Deutschland – Verteilung, Armut und Dynamik«, Vortrag anlässlich des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie »Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede«, München, 4.–8. Oktober 2004.

Lüttinger, Paul (1989), Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse, Frankfurt a.M.

Lütz, Susanne/Czada, Roland (2000), »Marktkonstitution als politische Aufgabe: Problemskizze und Theorieüberblick«, in: Czada, Roland/Lütz, Susanne (Hg.), Die politische Konstitution von Märkten, Opladen, S. 9–35.

Luhmann, Niklas (1984), Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M.

Luijkx, Ruud/Müller, Walter/Pollak, Reinhard (2004), »Persistent Inequality? A Descriptive Reassessment of the Evidence for European Countries«, Euresco Conference European Society or European Societies? EuroConference on the Causes and Consequences of Low Education in Contemporary Europe, Granada, Spain, 18.–23. September 2004.

Lutz, Burkart (1989), Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriellkapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York.

Mare, Robert D. (1980), "Social Background and School Continuation Decisions«, *Journal of the American Statistical Association*, Jg. 75, S. 295–305.

Marshall, T. H. (1964), Class, Citizenship and Social Development, New York.

Mayer, Karl Ulrich (2001), »Soziale Mobilität und Erwerbsverläufe in der Transformation Ostdeutschlands«, in: Schluchter, Wolfgang/Quint, Peter E. (Hg.), Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach, Weilerswist, S. 336–365.

Mayer, Karl Ulrich (2002), »Growth, Differentiation and Inequalities – The German System of Higher Education in Transition«, paper presented at the First Workshop of the International Comparative Project on Higher Education: Expansion, Institutional Forms and Equality of Opportunity, Prague, 7–9 June 2002.

Mayer, Karl Ulrich/Müller, Walter/Pollak, Reinhard (2004), »Institutional Change and Inequalities of Access in German Higher Education«, Ms. erscheint in einem Buchprojekt hg. von Yossi Shavit, Tel Aviv.

Müller, Walter/Mayer, Karl Ulrich (1975), Social Stratification und Stratification Research in the Federal Republic of Germany 1945–1975, SPES-Arbeitspapier Nr. 38, Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./Mannheim.

Müller, Walter/Mayer, Karl Ulrich (Hg.) (1976), Chancengleichheit durch Bildung?, Gutachten und Studien der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates, Bd. 42, Stuttgart.

Müller, Walter/Mayer, Karl Ulrich (1977), La stratificazione sociale nella Repubblica Federale Tedesca. Studi i ricerche (1945–1975), Turin.

Müller, Walter/Pollak, Reinhard (2004), »Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten?«, in: Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hg.), *Bildung als Privileg?* Wiesbaden, S. 311–352.

- Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2005), »Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen. Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben«, Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), H. 33, S. 1–6.
- Offe, Claus (1972), Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie, Frankfurt a.M.
- Offe, Claus (1984), »Arbeitsgesellschaft«: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a.M./ New York.
- Offe, Claus (2000), »Some Contradictions of the Modern Welfare State«, in: Pierson, Christopher/Castles, Francis G. (Hg.), *The Welfare State Reader*, Cambridge, S. 67–76.
- Parsons, Talcott (1970), "Equality and Inequality in Modern Society, or Social Stratification Revisited", in: Laumann, Edward O. (Hg.), Social Stratification Research and Theory for the 1970s, Indianapolis.
- Peisert, Hansgert (1967), Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München.
- Petersen, Trond/Morgan, Laurie A. (2001), "The Within-Job Gender Wage Gap«, in: Grusky, David B. (Hg.), Social Stratification. Class, Race and Gender in Sociological Perspective, Boulder, S. 734–742.
- Petersen, Trond/Saporta, Ishak (2004), "The Opportunity Structure for Discrimination", American Journal of Sociology, Jg. 109, H. 4, S. 852–901.
- Picht, Georg (1964), Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten/Freiburg.
- Pollak, Reinhard (2004), »Soziale Mobilität«, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), *Datenreport 2004*, Bonn, S. 614–622.
- Pollmann-Schult, Matthias/Mayer, Karl Ulrich (2004), »Returns to Skills: Vocational Training in Germany 1935–2000«, Yale Journal of Sociology, Jg. 4, Fall 2004, S. 73–98.
- Raftery, Adrian E./Hout, Michael (1993), »Maximally Maintained Inequality: Expansion, Reform, and Opportunity in Irish Education, 1921–75«, Sociology of Education, Jg. 66, S. 41–62.
- Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan (2003), Limits to Globalization. Welfare States and the World Economy, Cambridge.
- Schelsky, Helmut (1965a/1953), »Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft«, in: ders. (Hg.), Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf, S. 331–336.
- Schelsky, Helmut (1965b/1961), »Die Bedeutung des Klassenbegriffs für die Analyse unserer Gesellschaft«, in: ders. (Hg.), Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf, S. 352–388.
- Seibert, Holger (2004), Integration durch Ausbildung? Berufliche Platzierung ausländischer Ausbildungsabsolventen der Geburtsjahrgänge 1960 bis 1971, Dissertation, Freie Universität Berlin.
- Solga, Heike (2003), Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive, Habilitation, Freie Universität Berlin.
- Steiner, Viktor/Lauer, Charlotte (2000), »Private Erträge von Bildungsinvestitionen in Deutschland«, Beihefte der Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung Applied Economics Quarterly, Jg. 51, S. 71–101.
- Streeck, Wolfgang (2004), Globalisierung: Mythos und Wirklichkeit, Akademischer Festvortrag bei der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft 2004, Stuttgart, 25. Juni 2004, MPIfG Working Paper 04/4, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, in http://www.mpifg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp04-4/wp04-4.html (11.2.05).

- Tjaden-Steinhauer, Margarete/Tjaden, Karl Hermann (1985), Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus: Beitrag zur Analyse der Sozialstruktur unter bestimmter Berücksichtigung der BRD, Stuttgart.
- Tocqueville, Alexis de (1959/1835), Werke und Briefe: Über die Demokratie in Amerika, Erster Teil, Stuttgart.
- Vogel, Berthold (2004), »Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit«, *Mittelweg* 36, Jg. 13, H. 4, S. 36–55.
- Voß, G. Günter/Pongratz, Hans J. (1998), »Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?«, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, H. 1, S. 131–158.
- Wagner, Gert u.a. (1996), »Wirtschaftliche Lage und wirtschaftliches Handeln alter Menschen«, in: Mayer, Karl Ulrich/Baltes, Paul B. (Hg.), *Die Berliner Altersstudie*, Berlin, S. 277–299.
- Weißhuhn, Gernot (2001), »Gutachten zur Bildung in Deutschland«, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn.